

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Deucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 36.—, durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 40.—. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. 4spaltige Zeile Mk. 1.20, 2spaltige Zeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühestens noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Ente, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 2

Mittwoch, den 5. Januar 1921

32. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Frankreich hat eine Note an die deutsche Regierung gerichtet mit Vorwürfen über zahlreiche Verstöße gegen den Friedensvertrag.
- * Auf seinem Gute Coblenz ist der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg nach kurzem Krankenlager gestorben.
- * Der frühere Oberkammerer des deutschen Kaisers, Fürst Solms-Baruth, ist gestorben.
- * Die Entente protestiert in einer neuen Note gegen die Verwendung von Flugzeugen im Volkseigenen.

Wasser in den Wein.

Wie eine Konfliktnotiz in der Silvesternacht, so saufen in diesen Tagen Ententennoten über Ententennoten auf das Haupt des armen deutschen Volkes nieder. Es ist, als ob die Gewaltigen in London und Paris noch eine Art Großreinemachen hätten vornehmen wollen, ehe das alte Jahr 1920 vollends in die Versenkung verfiel. Das dabei Frankreich, wie immer, wenn es sich um Werte der Menschlichkeit und der Nächstenliebe handelt, die Führung hatte, versteht sich von selbst, doch gewinnt es allmählich den Anschein, als hätte man sich dabei in Paris etwas zuweit vorgemagt, denn das Echo, das dieser Notenkrieg in London hervorgerufen hat, entspricht nicht in allen seinen Teilen den französischen Erwartungen.

Inbesondere scheint es die Entwarnungsnote, die ausschließlich von der französischen Regierung gerichtet ist, den Engländern angehen zu haben. Sie spielen die Überraschten und betonen unmissverständlich, daß man sich die Sache doch einmal erst überlegen müsse. Warum, so wird gefragt, hat die Kontrollkommission mit ihren Wahrnehmungen bis zum 23. Dezember gewartet und hat dann erst eine volle Breitseite gegen Deutschland abgegeben, statt Schritt für Schritt die Unterlassungen zu bezeichnen, die sie feststellen zu können vermeinte? Praktisch, wie die Engländer sind, befrachten sie alsbald die Unterstellung der Militärkommission unter den Vorschlag, damit man in Zukunft nicht wieder erst unmittelbar am Vorabend weittragender Vermittlungen von angehäuftem Konfliktstoff Kenntnis erhalte. Jedenfalls brauche man Zeit, die von Frankreich aufgeworfene Fragen zu studieren und gewissenhaft über sie nachzudenken, damit nichts überstürzt werde. Bevor also die Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Italien und Belgien mit dem japanischen Vorschlag in Paris nicht zu neuen Beratungen zusammengekommen wären, könne von keinerlei Entscheidung in der Angelegenheit die Rede sein. Nicht einmal die Vorschlagskonferenz reiche aus, um diesen unermesslich schwierigen Fall zu erledigen, hier müsse schon der Oberste Rat zusammentreten, was natürlich erst wieder nach gewissen Vorbereitungen möglich sei. Das alles muß man in Paris ergeben zur Kenntnis nehmen. Man tut es mit schmerzlicher Mühe, da man sich natürlich keinen Verdruß anmerken lassen will. Und Ministerpräsident Leger hat es sogar über sich gewonnen, beim Neujahrsempfang seiner „vollen Befriedigung“ über die Lage Ausdruck zu geben. Frankreich befinde sich im Einverständnis mit England, was sich besonders bei den letzten Zusammenkünften gezeigt habe — und, wie wir hinzulügen möchten, wahrscheinlich auch bei den nächsten Zusammenkünften wieder zeigen wird. Woher sind sonst die Franzosen so hervorragende Taktiker? Sie sind es längst gewöhnt, immer viel mehr Wärm um eine Sache zu schlagen, als ihnen diese wirklich wert ist; dann können sie, wenn es zur Entscheidung kommt, ruhig ihre Entrüstung um ein paar Räder zurückziehen. Was sie dann erreichen, entspricht zum mindesten immer noch ihren ursprünglichen Erwartungen. Herr Leger hat selber schon abzubauen begonnen, indem er hinzugibt, was die Frage der Entwarnung Deutschlands betreffe, so könne er sagen, daß alles normal verlaufe. Und Herr Millerand, der Präsident der Republik, vergaß natürlich nicht, beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps mit dem Brüllton der Überzeugung, der ihn so gut liebed, zu versichern, daß Frankreich dem Friedensideal und der Freiheit ergeben sei und damit seiner Überlieferung treu bleibe. So bleibt der lächerliche Vorwand, den die Franzosen sich immer selber weidrührend aus Haupt legen, unberührt, und was nebenher durch den ungeschickten Notenantritt gegen Deutschland noch über den Friedensvertrag hinaus erreicht wird, läßt sich mitnehmen, wenn man sich auch einige Absätze an Wehrofordernungen und Strafmaßnahmen schon gefallen lassen muß.

Wir erleben dieses ganze Manöver auf französischer Seite nicht zum erstenmal. Doch ist man in Deutschland nun einmal so starkhaft veranlagt, daß man unwillkürlich die Ohren spitzt, wenn von jenseits des Rheines her geschossen wird. Es wäre besser, wir erinnerten uns öfter der Rhinogeschichte, von der Fürst Bismarck einmal sprach, als er feststellte, woran es uns Deutschen zum Teil im Umgang mit fremden Nationen gebricht. In der Tat sind wir noch lange nicht abgedrückt genug gegen all den Theaterdonner, mit dem die Franzosen uns immer wieder ins Raufloch zu jagen suchen. Nach ist es nicht so weit, daß sie allein auf der Welt geblieben können, und obwohl man uns ja nicht mehr viel mitzureden gestattet, haben doch auch wir es in der Hand, dafür zu sorgen, daß die Franzosen sich heute und morgen wenigstens noch mit anderen Meuten in die Herrschaft der Erde zu teilen haben.

Die Flugzeuge der Sicherheitspolizei.

Wieder ein Ententeverbot.

Die Vorkonferenz hat am 31. Dezember folgende Note an die deutsche Friedensdelegation in Paris gerichtet: Unter dem 4. Dezember haben Sie der Konferenz eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung erklärt, an der Ansicht festhalten zu müssen, daß eine Ausweitung der Polizei mit Luftfahrzeugen weder gegen den Vertrag von Versailles, noch gegen die Abmachungen von Spa verstoßen würde. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Konferenz nach erneuter Prüfung der Frage noch in aller Form ihre früheren Entscheidungen aufrechterhalten kann. Das Verbot einer Luftpolizei steht offenbar im Widerspruch zu Artikel 198 des Vertrages, und die Bildung von Ausbildungsabteilungen für die Polizei würde dem Absatz 3 des Artikels 162 direkt zuwiderlaufen. Außerdem haben die alliierten Regierungen in ihrer Note vom 22. Juni bei Erteilung der Genehmigung zu einer Vermehrung der deutschen Polizei die Bedingung gestellt, daß diese mit einer Bewaffnung versehen würde, die ihrer Aufgabe zu entsprechen habe und von der Kontrollkommission zu bestimmen sei. Die Kontrollkommission hat genaue Bestimmungen über diese Bewaffnung getroffen; eine Ausweitung mit Flugzeugen ist dabei nicht vorgesehen. Die Konferenz sieht keine Veranlassung, eine Revision dieser Entscheidung anzuordnen.

Deutschlands Sündenregister!

Das neueste französische Sammelurteil.

Vönllich zu Silvester hat die französische Regierung unserem Vorkonferenz in Paris eine unendliche Liste von „Verstößen“ Deutschlands gegen den Friedensvertrag überreicht. Da ist die Rede von: geringer Waffenabgabe, Entwarnung der Zivilbevölkerung, Entwarnung und Auflösung der Sicherheitspolizei, Einwohnervorkehr, Herabsetzung der Wehrstärke und vielen anderen Sachen. Kurzum, das böswillige Deutschland hat den ganzen schönen Friedensvertrag glatt auf den Kopf gestellt. Damit auch die große Phrase nicht zu kurz kommt, heißt es zum Schluß des französischen Entsatzes:

„Unter Vorbehalt der sonstigen von den Kommissionen festgestellten Verstöße gegen den Vertrag und unbeschadet der Maßnahmen, die die alliierten Regierungen auf Grund des Friedensvertrages, der Note von Boulogne und des Protokolls von Spa treffen könnten, muß die französische Regierung feststellen, daß am 31. Dezember wesentliche Bedingungen des Friedensvertrages nicht erfüllt sind, und daß die Deutsche Regierung die Bestimmungen des in Spa am 9. Juli unterzeichneten Abkommens nicht genau beobachtet hat.“

Die Antwort der Reichsregierung.

In der ganz ausführlichen Antwort der deutschen Reichsregierung werden die französischen Vorwürfe gänzlich entkräftet. So heißt es bezüglich der Entwarnung der Zivilbevölkerung: Die angeführten und beschlagnahmten Bestände (418 Geschütze, Minenwerfer, Flammen- und Granatwerfer, 2597 Maschinengewehre, 761 674 Gewehre und Pistolen, 562 689 Stück Maschinengewehr- und Gewehrteile) sind sämtlich in derselben Weise wie es bei den abgelieferten Vertriebsbeständen üblich ist, versichert worden. Die freiwillig abgelieferten Bestände (378 Geschütze, Minenwerfer, Flammen- und Granatwerfer, 6536 Maschinengewehre, 612 068 Gewehre und Pistolen, 179 485 Stück Maschinengewehr- und Gewehrteile) sind bis auf einen verschwindend geringen Rest entsprechend der erwähnten Abzug den Zweigleisen der Reichs-Treuhand-Gesellschaft übergeben worden, die das Material den Wägenwerken zur Verhütung zuführt.

Bayern und Ostpreußen.

Die deutsche Regierung hat nicht, wie die französische Note vom 31. Dezember sagt, die Entwarnung der ostpreussischen und bayrischen Wehren verweigert. Sie hat in ihrem Schreiben vom 9. Dezember ausdrücklich erklärt, daß sie nicht daran denke, sich etwa in dieser Hinsicht der in Spa übernommenen Verpflichtungen entziehen zu wollen. Nur gelassen ist die besonderen Verhältnisse in Ostpreußen und Bayern nicht, dort mit der gleichen Schnelligkeit vorzugehen wie in den übrigen Teilen Deutschlands.

50 000 Geschütze und fünf Millionen Gewehre.

Die Behauptung, daß das überschüssige Kriegsgüter des ehemaligen deutschen Heeres noch nicht vollständig abgeliefert sei, muß bestritten werden. Es sei darauf verwiesen, daß annähernd 50 000 Geschütze, mehr als 5 000 000 Gewehre, 60 000 Maschinengewehre und 20 000 Minenwerfer abgeliefert worden sind. Die Kontrollkommission hat aber über die Bestimmungen des Vertrages hinaus mehrfach die Auslieferung von Gerät gefordert, das nicht als Kriegsgüter gelten kann, wie z. B. Festungsgewehre, Wapppatronen und Exzerzierpatronen. Diesen Forderungen konnte nicht entsprochen werden. Die Kommission hat auch zum Teil die mangelnde Berechtigung einzelner dieser Forderungen anerkannt, indem sie auf die Auslieferung verzichtete. Außerdem geht das Bestreben der Kommission dahin, die Weidende der Reichswehr an Instandsetzungsgerät und Ersatzteilen

an Nachrichten- und Wottergerät sowie an Ausrüstungsgegenständen auf das äußerste zu beschränken.

„Das Mögliche ist geschehen.“

Zum Schluß sagt die deutsche Antwortnote: „Gegenüber den von den Kontrollkommissionen hervorgerufenen Fällen, wo Deutschland wirklich oder vermeintlich hinter den Anforderungen des Protokolls von Spa zurückgeblieben ist, weist die deutsche Regierung darauf hin, wieviel seit der Unterzeichnung dieses Protokolls geleistet worden ist. Sie glaubt sagen zu können, daß niemand damals solche Leistungen zur Erfüllung der gestellten Forderungen für möglich gehalten hat. Sie wird mit aller Kraft bemüht sein, den übernommenen Verpflichtungen vollends zu genügen. Das Ziel, Deutschland wehrlos zu machen, das die alliierten Regierungen mit den militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles verfolgt haben, ist aber tatsächlich schon erreicht. Die deutsche Regierung möchte nicht annehmen, daß in dem Protokoll von Spa Unmögliches von Deutschland verlangt worden sollte. Die buchstäbliche Erfüllung hat sich als unmöglich erwiesen. Das Mögliche ist geschehen. Wenn die französische Regierung in der Note vom 31. Dezember feststellt, daß die Zusagen von Spa nicht erfüllt worden seien, so erinnert die deutsche Regierung daran, daß nach den eigenen Worten der Alliierten vielmehr geprüft werden soll, ob sie loyal den Bestimmungen nachkommen. Die deutsche Regierung kann von sich sagen, daß sie in voller Loyalität ihr Bestes getan hat.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Amerika und der Vertrag von Versailles. Die aus Washington gemeldet wird, hat Senator King eine Resolution auf Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles mit Ausschluß der Völkerverbündigungen eingebracht. Die Resolution wurde dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten überreicht. — Nach einer Meldung aus London liegt dort die Nachricht vor, daß nach einer Ankündigung des Senators Knox in der Sondertagung, die der Eröffnung des Kongresses folgen werde, ein Antrag eingebracht werden würde, der dem Kriegszustand mit Deutschland ein Ende bereite und eine Grundlage für eine Gemeinschaft der Völker biete.

* Revolutionärspropaganda in Bayern. Am Neujahrstage wurden von linksradikaler Seite in der Stadt München Flugzettel angeheftet, durch welche die Reichswehrsoldaten zur Bildung revolutionärer Soldatenräte aufgefordert werden. Soweit möglich, wurden die Anschläge polizeilich entfernt.

* Weiterbestehen der päpstlichen Gesandtschaft in München. In einem Schreiben des Papstes an die bayerischen Bischöfe wird erklärt, daß die päpstliche Gesandtschaft auch in Zukunft bestehen bleibe, um weiterhin beizutragen zur Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem katholischen Bayern und dem Heiligen Stuhl.

Italien.

* Das Fiume-Abkommen ist von General Cavaglia und der neuen Regierung von Fiume endgültig unterzeichnet worden. Einzelheiten werden jedoch noch gehalten. Man weiß nur, daß die Räumung Fiumes durch die Legionäre sofort beginnen soll. Die Befürchtung erscheint nicht unbegründet, daß die Räumung vielleicht nicht ohne ernste Zwischenfälle vor sich gehen wird. Ruverino haben die Legionäre zum dritte Male seit eingetretener Waffenruhe ein bestiges Gewehrfeuer auf die königlichen Truppen an der Hodabelinie eröffnet und gegen diese auch 20 Kanonenschüsse abgefeuert. D'Annunzio forderte, an der Spitze der Legionäre marschierend, Fiume verlassen zu dürfen, was Cavaglia ablehnte. D'Annunzio erklärte, Italien sofort verlassen zu wollen, nachdem er zuvor alle seine Orden und Ehrenzeichen an den König zurückgelassen haben werde. Cavaglia verlängerte die Waffenruhe auf unbestimmte Zeit.

Türkei.

* In höchster finanzieller Bedrängnis hatte die Bforte, da ihr alle Geldmittel zur Regelung der rückständigen Beamtengehälter fehlen, Schritte bei den Verbandsmächten unternommen, um die Rückgabe der beschlagnahmten 400 000 Goldpfund zu erlangen, die zur Deckung des Innenbedarfs für die während des Krieges aufgenommenen inneren Anleihen in der Kaiserlich Osmanischen Bank hinterlegt waren. Die Verbandsmächte haben nunmehr in die Rückzahlung der genannten Summe eingewilligt unter der Bedingung, daß sie unter Aufsicht der internationalen Kontrollkommission nur für Bedürfnisse des Staates verwendet wird.

Amerika.

* Vereinigte Staaten von Mittelamerika. Spanische Blätter ergänzen über die Meldungen über die Einigungsbestrebungen zwischen den mittelamerikanischen Republiken dahin, daß Guatemala, Honduras, Nicaragua und Costa Rica sich unter dem Namen Vereinigte Staaten von Mittelamerika als Bundesrepublik zusammengeschlossen hätten. Der neue Staat werde eine einzige Flagge führen und nur einen gemeinsamen diplomatischen Vertreter bei den einzelnen Mächten bestellen. Auch das Geldwesen werde vereinheitlicht werden.

Rus Ja- und Ausland.

Paris. In der Kammer teilte der Finanzminister Marfa das Ergebnis der letzten Anleihe mit, das sich auf über 27 Milliarden Frank beläuft.